

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 M., bei Selbstabholung 1.25 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 M., für 1 Monat 1.85 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) — Geldpost unter Kreuzband monatlich 1.85 M. Postcheckkonto Nr. 58 477. Volkshochkonto Nr. 58 477.

Redaktion: Leipzig, Tauscher Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18008.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzeile oder deren Raum 85 Pfg., bei Plagvorschritt 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 6.— M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 58 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Kämpfe bei Archangelsk.

Das Bildungswesen unter den Bolschewiki.

Uns wird geschrieben:

Dass die Bolschewiki Barbaren sind, die jegliche Kultur, in erster Linie aber die russische, zerstören und vernichten wollen, ist zum Allgemeinplatz des ganzen russischen Klein- und Spieghürgertums geworden. Erst ganz vor kurzem noch hat der „allrussische Lehrerverband“, eine reaktionäre bürgerliche Organisation, die von Kapitalisten unterhalten wird, erklärt, die von der bolschewistischen Regierung angeordnete Lehrerwahl sei „eine Verhöhnung der Schule und des Lehrerstandes“.

Was hat denn nun die Bolschewikiregierung auf dem Gebiet der Schule und der Volksbildung tatsächlich geleistet?

Als die Arbeiter im November 1917 zur Macht gelangten, fand der von der Käteregierung eingeführte Volkskommissar für das Bildungswesen, Genosse Lunatscharski, in seinem Kommissariat das übliche Bild vor: leere Kanzleiräume, Berge von absichtlich durcheinandergewürfelten Aktenstücken, überall ein künstlich geschaffenes Chaos, die Pensionskasse der Lehrer nicht ausgenommen. (Selbstverständlich hat späterhin der „allrussische Lehrerverband“ die verzögerte Auszahlung der Pensionsgelder als Agitationswaffe gegen die Rätemacht verwendet.) Beamte, die unentwegt erst dem Zaren, dann Miljukow, dann Kerenski gedient hatten, traten sofort zurück, als die Vertreter der verhassten Arbeiterräte zur Macht gelangten. Das war durchaus natürlich. Weniger verständlich und tieftragisch war das Verhalten der Lehrerschaft. Man hätte annehmen können, daß diese nach Herkunft und sozialer Stellung immerhin demokratische Masse sich der Rätemacht gegenüber anders verhalten würde. Aber nichts dergleichen! Die Lehrer antworteten Lunatscharski und seinen Genossen mit dem gleichen grimmigen Boykott wie die Beamten. Die Schulen wurden geschlossen, der Unterricht eingestellt und schuld daran waren natürlich wiederum die — Bolschewiki.

Und für diese ungeheuerliche Erscheinung, den hartnäckigen Kampf von Leuten, die aus der Mitte des Volkes hervorgegangen sind, gegen das Volk eine Erklärung zu finden, muß man ein wenig zurückblicken. An der ersten Revolution 1905/07 hat die russische Lehrerschaft ziemlich tätigen Anteil genommen. Sie mußte dafür zusammen mit der gesamten russischen Intelligenz die grausamen Schläge der zaristischen Reaktion erleiden. In 10 000 Lehrer, nahezu 10 Prozent der gesamten Lehrerschaft im damaligen Rußland, die frischesten und erkenntnisfähigsten Elemente, wurden aus den Schulen hinausgeworfen, zum Teil verhaftet oder gar gehängt. Die Auswahl der neuen Lehrer erfolgte in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Aufschwung nach der ersten Revolution — die Zahl der Schulen war in raschem Wachsen begriffen — von den Handlangern Stolypins mit großer Ueberlegung. Man stellte nur absolut folgsame und nicht allzu aufgeweckte Personen an. Es hatte nichts auf sich, wenn der Lehrer in seinem Amte minderwertig war, sofern er nur ein treuer Untertan war. Doch trotz aller Vorsichtsmaßnahmen schwand das Vertrauen der zaristischen Bande gegen die Schule und die Lehrer nicht. Und als dann im August 1914 der Krieg ausbrach, wurden in Rußland in erster Linie die Volksschullehrer einberufen. (Die weniger verdächtigen Lehrer der mittleren und höheren Schulen wurden entweder auf ihrem Posten belassen oder irgendwo hinter der Front verwendet.) Zehntausende besonders vorgebildeter Lehrer sind in den Schützengräben umgekommen oder fürs ganze Leben zu Krüppeln gemacht worden, oder sie schmachten noch heute in Gefangenschaft. Sie wurden durch „Stellvertreter“ oder auch „Stellvertreterinnen“, Töchter aus den Kreisen der mittleren Bourgeois und des Kleinbürgertums, ersetzt, die in den Schulen eifrig den Patriotismus und den Gehorsam pflanzten.

Mit einem solchen Lehrpersonal ging die russische Schule in die zweite Revolution. Kein Wunder, daß diese Lehrerschaft sich zu der großen Umwälzung anders stellte, als die frühere während der ersten Revolution. Fügt man hinzu, daß der Boykott der Rätemacht durch die Lehrer vom Bürgertum materiell unterstützt wurde, indem den „Bildungsfreier“ das Gehalt für die Dauer von drei Monaten zugesichert wurde, so wird die Sabotage der Lehrer begreiflich. (Daß die Bolschewiki länger als drei Monate am Ruder bleiben würden, konnte sich auch der größte

bürgerliche Pessimist nicht vorstellen.) So wird die außerwöhnlich schwierige Lage verständlich, die das Kommissariat für das Bildungswesen vorfand.

Zunächst stellte es sich die allerbedeutsamste Aufgabe: den von den Lehrern zerrütteten Apparat wieder in Gang zu bringen. Die ersten drei Monate gingen ausschließlich auf diese Ameisenarbeit hin; es mußte ein neuer Apparat geschaffen werden, nicht nur im Zentrum, sondern auch an den einzelnen Orten, ein Apparat, der nicht nur zweckentsprechend sein sollte, sondern der auch mit den völlig neuen Grundlagen der Staatsordnung in Einklang gebracht werden mußte. Dies wurde in erster Linie durch völlige Ausschaltung der Bureaokratie erreicht. Die Beamten blieben nur noch dort, wo sie hingehören — in den Kanzleien. An der Spitze des ganzen Bildungswesens in Rußland steht eine Staatskommission für das Bildungswesen. Ein Teil der Mitglieder dieser Kommission wird direkt oder indirekt vom Zentral-Exekutiv-Komitee, bekanntlich der Ausschuh der Arbeiterdeputierten-Räte, gewählt. Ein anderer Teil wird von den Gewerkschaften, den Arbeitergenossenschaften, den gewerkschaftlichen Lehrerverbänden u. a. m. delegiert. Während der alte bürokratische Apparat gleich einem gigantischen Tintenschiff überall seine bürokratischen Arme ausbreitete, in Form der „Kuratoren der Lehrbezirke“, in Gestalt verschiedener Direktoren, Inspektoren usw., besitz die neue Regierung an den einzelnen Orten keinen einzigen ernannten Agenten. Das Volkswbildungswesen in den Gouvernements oder Kreisen untersteht der Leitung der örtlichen Abteilung für Volksbildung, die von dem lokalen Deputiertenrat gewählt wird. Um die Ausartung dieser Abteilung zu einem bürokratischen System zu verhindern, besteht neben ihr als Kontrollinstanz der unmittelbar von der Ortsbevölkerung (einschließlich der über 16 Jahre alten Schüler) gewählte Ausschuh für Volksbildung. Selbstverständlich besitzen wie überall in der Räterepublik die Elemente der Bevölkerung die früher die ganze Macht in den Händen hatten, kein Stimmrecht. Dies genügt der Bourgeoisie und deren Handlangern aus den Kreisen des früheren Großgrundbesitzes, um das ganze System als „eine Verhöhnung der Schule und Volksbildung“ zu bezeichnen.

Man könnte aber auch das alte Lehrpersonal, das so nachdrücklich seine Solidarität mit den Kapitalisten, oder seine Abhängigkeit von ihnen — betont hatte — nicht einfach so lassen wie es war, ganz abgesehen davon, daß diese von Stolypin und Kasso eingeführten Leute ihrem ganzen Geiste nach dem Beamtentum des alten Regimes sehr nahestanden und als solche zur Durchführung neuer pädagogischer Ideen schlecht geeignet waren. Die russische Schule der vorrevolutionären Zeit war ein Bestandteil des gesamten Mechanismus der Alleinherrschaft. Die Volksschule war auf den Religionsunterricht und den Unterricht in der kirchlich-slawonischen Sprache aufgebaut, die zum Verständnis des Kultus der griechisch-orthodoxen Kirche notwendig war. Wenn die Schüler außerdem einigermassen Lesen und Schreiben lernten und — äußerst mangelhaft — die vier Rechnungsarten kennen lernten, so galt das als ausreichend. In den höheren Schulen erfolgte der Geschichtsunterricht nach „zuverlässigen“ Lehrbüchern, in denen der russischen revolutionären Bewegung nicht mit einem Wort Erwähnung getan wurde, während in bezug auf die französische Revolution von dem „blutigen“ Robespierre und dem „wahnwichtigen Fanatismus“ Marats berichtet wurde. Für die Literaturgeschichte existieren die Namen Herzens, Bakunins u. a. m. überhaupt nicht. Diese ganze „Zuverlässigkeit“ wurde ausschließlich nach Büchern beigebracht. Die körperliche Erziehung war vollkommen vernachlässigt. Von „Arbeitsstunden“, wie sie sogar in den bürgerlichen Schulen Amerikas und Deutschlands Eingang finden, war keine Spur zu finden. Die Schule der Käteregierung, die Schule der Bauern und Arbeiter kann gar nichts anderes als eine Schule des werktätigen Unterrichts sein, in der das Auswendiglernen von Lehrbüchern ganz in Fortfall kommen wird, wie denn überhaupt die Lehrbücher keine große Rolle spielen werden. Dagegen werden die Schüler gründlich in den Hauptmethoden der physischen Arbeit unterwiesen, mit den Prinzipien der wichtigsten Produktionsarbeiten vertraut gemacht werden. Die Arbeiter und Bauern würden es einfach ablehnen, Schulen mit anderem Programm aus eigenen Mitteln zu unterhalten. Was die in der Volksschule unter dem Zarismus vorherrschenden Religionsstunden und den Unterricht in der kirchlich-slawonischen Sprache

anbelangt, so müssen diese Fächer nach der durchgeführten Trennung der Kirche vom Staat natürlich aus dem Schulprogramm verschwinden.

Mit dem konnte die alte Lehrerschaft keine Sympathie entgegenbringen, schon wegen ihrer von der zaristischen Regierung künstlich bewahrten Unwissenheit. Die meisten Volksschullehrer unter Nikolaus hatten nur eine höhere Schule durchgemacht, ohne irgendeine Fachausbildung genossen zu haben. Die tüchtigere Minderheit erhielt eine besondere Vorbildung, und zwar nur eine Fachausbildung. Die Allgemeinbildung in den sogenannten Lehrerseminaren wurde sorgsam auf dem Niveau des Gymnasiums gehalten. Erwachsene Leute, die selbst schon Lehrer waren, — man wurde in die Lehrerseminare nur nach einem zweijährigen Lehrerpraktikum aufgenommen — mußten gezwungenermaßen Geschichte, Literaturgeschichte, Naturgeschichte, Physik usw. nach Büchern lernen, die für die 13- bis 15-jährige Jugend verfaßt waren. Zunächst galt es, dies Lehrerghetto zu beseitigen, den Lehrer zu einem intelligenten Menschen im wahren Sinne des Wortes zu machen. Zu diesem Zweck plant das Kommissariat für Bildungswesen die Errichtung von pädagogischen Instituten nach dem Muster von Universitäten bei einem Kursus von 3 bis 4 Jahren. In diesen Instituten soll natürlich dem Prinzip der Werttätigkeit ein hervorragender Platz eingeräumt werden. In zwei bis drei Jahren wird Rußland bereits einen neuen Lehrertyp besitzen, der aus der Arbeiter- oder Bauernmasse hervorgegangen ist, aber besser mit wissenschaftlichen und pädagogischen Kenntnissen ausgerüstet sein wird, als der frühere, aus der mittleren Bourgeoisie oder dem Kleinbürgertum hervorgegangene Lehrer.

(Zählung folgt.)

Malovs Beurteilung.

Die alldutsche Presse gibt sich einem wilden Jubel über den Verlauf des Prozesses gegen den früheren französischen Minister des Innern Malov hin. Sie behauptet, daß dieser Prozeß wiederum zeige, daß Frankreich von Fäulniserscheinungen durchsetzt sei und sie macht das demokratische Regierungssystem dafür verantwortlich. Wir sind der Auffassung, daß Vorwände von der Art, wie sie in diesem Prozeß zur Sprache gekommen sind, keine Befreiung der französischen Republik darstellen und nichts gegen das demokratische Prinzip beweisen. Der Prozeß Malov konnte nur deshalb besonderes Aufsehen erregen, weil der Minister nicht in der Dunkelkammer eines Feldgerichts abgerichtet worden ist, sondern vor dem Senat, der sich als Staatsgerichtshof etabliert hatte. Dadurch hat er auch Wirkungen ausgelöst, die wahrscheinlich in der Öffentlichkeit bald sehr zu spüren sein werden. Würde Malov, wie es Clemenceau eigentlich wollte, von einem Kriegsgericht prozessiert worden sein, so wäre seine Beurteilung als Beweis dafür ausgegeben worden, daß er wirklich der Verbrecher schuldig befunden worden ist, deren er von den Nationalisten beschuldigt wurde, ganz gleich, wie das Urteilmak ausgefallen wäre. Die Verhandlungen vor dem Senat jedoch haben eine Anzahl Vorwände befestigt, die auch außerhalb des Prozesses und unabhängig von dem Urteilspruch erörtert werden müssen.

Die Anschuldigungen gegen Malov datieren vom 22. Juli 1917, wo Clemenceau, der damals noch Senator und noch nicht Ministerpräsident war, im Senat gegen den Minister des Innern Malov Anklage erhoben hatte, daß er mit „Desallierten“, mit Aufstrebenden vaterlandsverräterischer Anschauung und mit Ausländern in strafbaren Beziehungen gestanden habe. Er beschuldigte ihn insbesondere der Begünstigung der Rente vom Bonnet rouge, der Amerens, Solo-Pascha und Duval, denen ja inzwischen der Prozeß gemacht worden ist. Diese Anklagen wurden dann von dem nationalistischen Journalisten P a u d e t fortgesetzt, der insbesondere behauptete, Malov sei schuld an der Niederlage am Chemin des Dames im Frühjahr vorigen Jahres und an der Erregung revolutionärer Stimmungen im Meer. Der Senat hat diese Anschuldigungen für grundlos erklärt, Malov ist lediglich wegen Verletzung seiner Amtspflichten zu fünfjähriger Verbannung verurteilt worden. Clemenceau und die nationalistischen Kreise haben also ihr Ziel nicht völlig erreicht; doch dürfte auch diese Beurteilung Malovs nicht geeignet sein, die Stellung Clemenceaus zu befestigen.

Eine hervorragende Rolle in dem Prozeß hat das Verhältnis der französischen Regierung zu den Arbeiterführern gespielt, Malov, der drei Jahre lang Minister des